



SEIT 1895

RUC

ZIGARREN

ZIGARREN
ZIGARILLOS

in allen Preislagen

Paul Sethe

Deutsche Geschichte im letzten Jahrhundert

Verlag Heinrich Scheffler,
Frankfurt am Main,
Grünburgweg 151.

Vom Jahre 1848 ab verfolgt Dr. Paul Sethe unseren Weg in die politische Gegenwart des geteilten Deutschlands. Aus den großen Katastrophen und Triumphen der Geschichte des letzten Jahrhunderts zieht er durch Klarheit und Überzeugungskraft seines Urteils bekannt gewordene Verfasser Lehren von beklemmender Aktualität. Für jeden, der beobachtend oder aktiv am staatspolitischen Geschehen unserer Tage teilnimmt, ist es an der Zeit, sie aufzunehmen.

Berlin kurz Texas-Willy genannt, die Parole ausgegeben: „Schnauze halten.“

Dem Brandt-Intimus Kurt Neubauer schien es freilich nicht einmal mit Rücksicht auf das bundesdeutsche Wählervolk opportun, die Widersacher in den eigenen Reihen zu schonen. Verfahrensfragen, so Neubauer mit heiserer Stimme im Ballsaal des Esplanade, seien kein Grund, Fraktionen innerhalb der Partei zu bilden. Die Linke möge deshalb endlich frei heraus sagen, wogegen sie wirklich opponiere.

Professor Werner Stein, das geistige Haupt der meutenden Genossen, ließ sich jedoch von Neubauer nicht provozieren. Sagte Stein: „Nicht jede Meinungsverschiedenheit kann in der Öffentlichkeit ausgetragen werden. Wir wollen hier nicht noch einmal die Frage der atomaren Bewaffnung diskutieren. Daraus könnte im Wahljahr nur Schaden entstehen.“

Aber der demagogisch versierte Joachim Lipschitz, als Innensenator, Polizeichef und stellvertretender Parteivorsitzender der zur Zeit mächtigste Mann in Westberlin, wollte sich mit dieser ausweichenden Antwort des linken Partei-Physikers nicht zufriedengeben. Schäumte Lipschitz: „Vernebeln, verstecken, andeuten — das ist abträglicher für die Partei als offene Worte.“

So herausgefordert, fühlte sich Dr. Josef Grunner nicht länger an Kressmanns Parole „Schnauze halten“ gebunden. Es sei nicht Feigheit, sondern Parteidisziplin — so Grunner —, wenn sich die Linke bislang geweigert habe, interne Kontroversen im Wahljahr vor die Öffentlichkeit zu tragen.

Dann aber legte er los: „Der Landesvorstand ist dafür verantwortlich, daß die Partei nicht mehr um die politischen Probleme ringt, sondern dazu übergegangen ist, demoskopisch zum Wähler hinzuhorchen und ihn zu fragen: ‚Wie wollt ihr mich haben? Soll ich ein bißchen so sein, oder soll ich ein bißchen anders sein?‘“

Der Tumult war da: Mit zornrotem Gesicht stürzte Willy Brandt zum

Podium und schrie in den Saal: „Maßlose Verleumdung!“

Anderntags trat der neugewählte, ausnahmslos aus Brandt-Anhängern rekrutierte Landesvorstand zusammen und setzte die drei Hauptopponenten des stürmischen Parteitags auf die schwarze Ausschlußliste. In einem Schnellbrief wurden die Vorsitzenden der Kreisverbände aufgefordert, umgehend Kreisversammlungen einzuberufen, damit Mitglieder des Landesvorstandes den Verlauf des Esplanade-Zwists im Sinne des rechten Parteivorstandes, oder, wie es in dem Rundbrief hieß, „objektiv“ interpretieren könnten.

Ziel dieser Aktion: Die linken Anführer, Professor Werner Stein, Dr. Josef Grunner und Harry Ristock, sollen zu erneuten Attacken gegen den Brandt-Kurs provoziert werden, damit die vom Landesvorstand bereits beschlossenen Ausschlußverfahren ohne Verzug anlaufen können.

Gerüchtweise wollen die Linken außerdem erfahren haben, daß der Vorstand dem Genossen Polizeichef Lipschitz aufgegeben habe, die Brandt-Gegner hinfert einer scharfen Kontrolle durch den Westberliner Verfassungsschutz zu unterziehen.

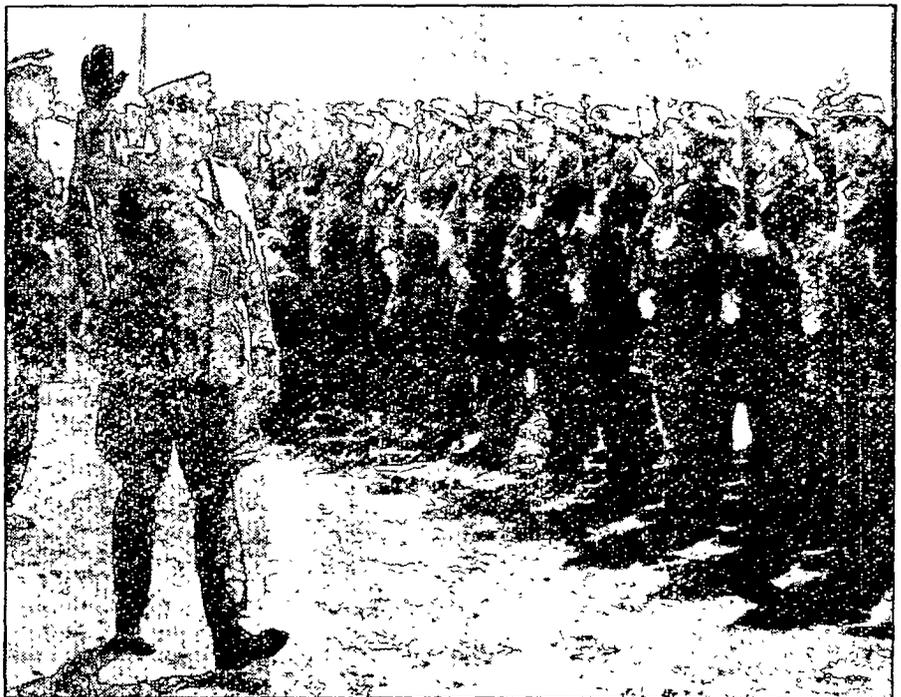
SCHEPMANN

SA marschiert

Die hannoversche DGB-Zentrale kann sich des Verdienstes rühmen, einen unscheinbaren Greis in die Spalten der Weltpresse lanciert zu haben: Hitlers letzten SA-Stabschef Wilhelm Schepmann, Nationalsozialist ab 1925, NSDAP-Mitgliedsnummer 26 762.

Nachdem Schepmann am 18. April zum Ersten Beigeordneten* der niedersächsischen Kreisstadt Gifhorn ge-

* Offizielle Bezeichnung für den stellvertretenden Bürgermeister, dem im wesentlichen nur Repräsentationspflichten obliegen. Der Bürgermeister ist im Lande Niedersachsen nicht Chef der Verwaltung, sondern lediglich Vorsitzender des Gemeindeparkaments.



Stabschef Schepmann (1944), SA: Für deutsche Männer...



... stets ein Führer: Zivilist Schepmann (1959), Bundeswehr

wählt worden war, nahm sich das DGB-Wochenblatt „Welt der Arbeit“ dieses Mißgriffs mit Aplomb an.

Unter dem Redaktionspseudonym Fritz Kernig jammerte der hannoversche DGB-Pressereferent Karl-Heinz Briam: „Es ist ... eine kaum überbietbare Takt- und Geschmacklosigkeit, ausgerechnet in der Zeit den Ex-SA-Stabschef zum Stellvertreter eines Bürgermeisters zu machen, da in Jerusalem der ehemalige SS-Sturmbannführer Adolf Eichmann auf der Anklagebank sitzt.“ Und: „Die Gemeinderäte der CDU, DP, FDP und des BHE waren wohl vom Anti-SPD-Teufel besessen.“

Nun traf es zwar zu, daß die bürgerlichen Gemeindepapenarier die Wahl des Schepmann in Kauf genommen hatten, um — mit 14 von 21 Ratsherren — das Regiment eines SPD-Bürgermeisters unmöglich zu machen, doch verschwieg der DGB-Kommentator,

- ▷ daß es sich bei der Wahl des einstigen Stabschefs um eine Wiederwahl in ein Amt handelte, das Schepmann bereits vier Jahre lang versehen hatte, und
- ▷ daß der BHE-Ratsherr Schepmann von der Gifhórner SPD-Ratsfraktion im Jahre 1956 einstimmig auf den Stuhl des Ersten Beigeordneten gehievt worden war, nachdem der ausgediente SA-Held schon vier Jahre lang als einfacher Ratsherr im Stadtparlament gehockt hatte.

Seine Gifhórner Karriere hatte Schepmann freilich unter anderen Aspekten begonnen, nämlich als Hausmeister in einem Notkrankenhaus des Landkreises und unter dem falschen Namen Schuhmacher. Die Tarnung nützte ihm wenig: Er wurde als Hitlers SA-Boß erkannt, von den Briten inhaftiert und nach Lüneburg verbracht.

Nach Jahresfrist war er wieder in Gifhorn: Die Besatzer hatten mit Recht diagnostiziert, daß ihnen zwar ein ranghoher, aber dennoch vergleichsweise bedeutungsloser Nazi ins Garn gegangen war, der sein Avancement zum SA-

Stabschef 1943 lediglich dem unvorhergesehenen Ableben seines Vorgängers Viktor Lutze zu verdanken hatte.

Das anschließende Entnazifizierungsverfahren verlief ebenfalls günstig: Zunächst wurde Schepmann zwar noch in die Gruppe III der Minderbelasteten, dann aber in die Gruppe V der unbelasteten Personen eingestuft.

Niemand dachte daher daran, ihm sein Wahlrecht oder seine Pension zu neiden, die er als früherer Volksschullehrer durch Erlaß des niedersächsischen Kultusministers vom 26. Mai 1954 — samt einer einmaligen Nachzahlung von 3177 Mark — zugesprochen erhielt. Seither verzehrt Hitlers einstiger SA-Chef Ruhestandsbezüge in Höhe von 395,35 Mark im Monat.

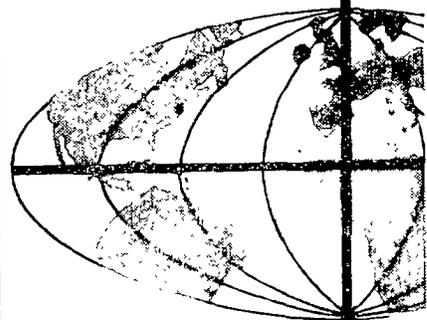
Der heute 66 Jahre alte Schepmann, Witwer und kinderlos, bezog eine kleine Steinbaracke und glaubte, seine kleinstädtische Funktionärs-Geschäftigkeit am besten für die vertriebenen Volksgenossen einsetzen zu können: Er wurde — obschon selbst aus Westfalen stammend — Kreisvorsitzender des BHE.

1956 honorierten dann die Gifhórner Sozialdemokraten die Koalitionsbereitschaft des BHE mit der Wahl des BHE-Chefs zum stellvertretenden Bürgermeister. Und obschon Schepmanns frische Parlamentarier-Würde vier Jahre zuvor publizistisches Mißfallen ausgelöst hatte, blieb es bei dieser Wahl still.

Nach der Kommunalwahl vom 19. März 1961 drängte die CDU auch in Gifhorn an die Macht. Um die SPD auszuschalten, mußten die Christdemokraten jedoch — wie vorher die Sozialdemokraten — die Wünsche des BHE erfüllen. Die Entrechteten aber bestanden darauf, daß ihr Schepmann seinen alten Posten als Erster Beigeordneter wieder einnehme.

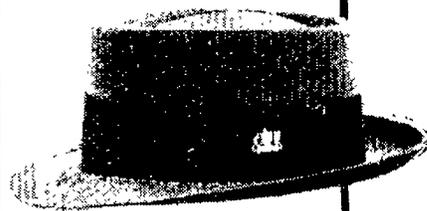
Der CDU war dieses Verlangen peinlich: Ihr Fraktionsführer in Gifhorn heißt Ulrich Goerdeler und ist der Sohn des 1945 exekutierte[n] Widerstandskämpfers Carl Goerdeler.

Daß Goerdeler junior und seine CDU-Freunde dennoch den SA-Schepmann



STETSON

PRIVILEG
DER
ERFOLGREICHEN



Lancer und Roma -
zwei neue Modelle, die den
internationalen Modestil
repräsentieren. Wenn Sie sich
für STETSON entscheiden,
wählen Sie
LANCER oder ROMA

Lizenzhersteller:
MAYSER'S HUTFABRIK
ULM-DONAU

PIAGET

Calatrava

DIE EINZIGE
ULTRA FLACHE
AUTOMATISCHE
UHR DER WELT

Höhe des Werkes
2,3

BEI DEN FEINSTEN JUWELIEREN DER WELT
PIAGET, LA COTE-AUX-FÉES UND GENÈVE

auf seinen Platz zurückkehren ließen, lag an der besonders heiklen Parteikonstellation im Stadtparlament: Hätten sich die Christdemokraten gegen den früheren SA-Chef gestäubt, wäre nicht nur die SPD zu Gifhorn an der Macht geblieben, sondern auch der kompromittierende Schepmann gekürt worden, nämlich — wie vor vier Jahren — durch die Gunst der SPD.

Goerdeler junior, der sich bei der Wahl Schepmanns der Stimme enthielt: „Wenn wir das nun entstandene Aufsehen vorausgesehen hätten, würden wir die Sache vielleicht nochmal überdacht haben.“

GEMEINDEN

KOMMUNALAUF SICHT

Faustregel genügt

Die sozialdemokratischen Stadtväter von Kiel rüsten zu einem Prozeß gegen den schleswig-holsteinischen CDU-Innenminister Dr. Helmut Lemke. Der Minister soll durch ein Urteil des Verwaltungsgerichts daran gehindert werden, „so stark in die Rechte der kommunalen Selbstverwaltung (einzugreifen), daß von Selbstverwaltung bald nicht mehr gesprochen werden kann“ (Kieler SPD-Stadtrat Schatz).

Die Kieler SPD-Stadtparlamentarier argwöhnen, daß der christdemokratische Minister, der gemäß der schleswig-holsteinischen Kreis- und Gemeindeordnung die Haushaltspläne überprüfen und genehmigen muß, sein Amt ausnutzt, um aus parteipolitischen Gründen den Aufbau der Landeshauptstadt zu hemmen: Lemke weigerte sich dreieinhalb Monate lang, den Kieler außerordentlichen Haushaltsplan für das Jahr 1961 zu genehmigen, und kürzte ihn schließlich radikal um 5,1 Millionen Mark.

An einem forensischen Triumph über CDU-Lemke ist vor allem dem SPD-Oberbürgermeister von Kiel, Dr. Hans Muthling, gelegen, der sich als Finanzexperte bundesweiten Ansehens erfreut, durch die ministerielle Etat-Korrektur aber in den Ruf geriet, mit kommunalen Geldern nicht wirtschaften zu können.

Muthling, der vor seinem Amtsantritt in Kiel zunächst Kommunaldezernent im Bonner Innenministerium, später Stadtkämmerer in Hannover war, präsidiert dem Deutschen Städtetag, einem kommunalen Spitzenverband, und trat als Autor kommunalpolitischer Bücher (Hauptwerk: „Das Haushaltslexikon für Gemeindevertreter“) hervor.

Der renommierte Kommunalpolitiker hatte den vom Innenminister mißbilligten Etat konzipiert und als „solide und realistisch“ gepriesen.

Das Stadtoberhaupt konnte seinen außerordentlichen 1961er Plan jedoch nur dank der absoluten Ratsmehrheit seiner Genossen durchsetzen. Die CDU- und FDP-Stadtväter bezeichneten den Etat als „Haushalt der Maßlosigkeit“ und verließen aus Protest vor der Abstimmung den Ratssaal.

Muthlings Genossen beschlossen dennoch, im Jahre 1961 für den Aufbau der Landeshauptstadt 63,7 Millionen Mark auszugeben und fast zwei Drittel dieser Summe als Darlehen aufzunehmen.

Am 11. Januar wurde der Muthling-Plan dem Innenministerium zur Genehmigung eingereicht. Der zuständige Ministerialrat Dr. Galette nahm sich acht Wochen Zeit, um den Kieler Etat zu überprüfen. Am 9. März endlich gab er Muthling Bescheid, daß der Plan nicht genehmigt werden könne.

Galette nahm vor allem daran Anstoß, daß die Stadt Kiel durch Investitionen in dem geplanten Umfang zu stark belastet würde:

- ▷ Der Schuldendienst der Stadt würde auf 13,8 Prozent der Einnahmen steigen, während nur zehn Prozent tragbar seien, und
- ▷ der Bau von sechs Schulen, einem Altersheim und einer Sporthalle sei finanziell nicht gesichert.

Für diese Projekte, so monierte Galette, wolle die Stadt Kiel Kredite in Höhe von 5,1 Millionen Mark aufnehmen, die erst im Laufe der nächsten drei Jahre aus ordentlichen Mitteln gedeckt würden. Ein solcher Vorgriff sei wohl dem Bund und den Ländern, nicht aber der Kommunen erlaubt.

Gallettes Palette von Einwänden inspirierte den Innenminister Lemke zu einem Erlaß, durch den am 21. April der Kieler Etat um jene 5,1 Millionen Mark gekürzt wurde, die der Ministerialrat beanstandet hatte.

Bei der Lektüre des ministeriellen Kürzungs-Erlasses erhitzte sich das Blut der roten Ratsherren. Die sozialdemokratische Kieler Stadtparlamentarierin Dolly Franke vermutete parteipolitische Intrigen: CDU-Minister Lemke habe nachträglich die Ablehnung des Etats durch die CDU-FDP-Fraktion des Stadtrats rechtfertigen wollen. Und die SPD-Stadträtin Anne Brodersen beschuldigte Lemke des „Ermessensmißbrauchs“.

Von Beamten des Innenministeriums war nämlich zugegeben worden, daß die Etatkürzung eine „Ermessensentscheidung“ des Innenministers sei.

Da diese Entscheidung mit der angeblich zu hohen Schuldenlast der



CDU-Minister Lemke
Fünf Millionen weniger